



Erneutes Spitzentreffen mit Innenminister Lorenz Caffier

Einige Monate nach unserem letzten Gespräch mit Innenminister Lorenz Caffier fand ein erneuter gewerkschaftlicher Austausch zu aktuellen polizeilichen Themen statt. Bei dem Gespräch war der neue Abteilungsleiter der Polizei, Herr Herkenrath, zugegen. Auch unter erschwerten Bedingungen in Zeiten der Corona-Krise nahm sich Herr Caffier die Zeit, für aktuelle Fragen und Forderungen seiner Mitarbeiter, die durch den Landesvorstand der DPoIG dargestellt wurden. Dabei ging es vorrangig um die besondere Situation im Umgang mit dem Coronavirus und die in dem Zusammenhang fehlende Schutzausstat-

tung für die Einsatzbeamten. Herr Caffier versicherte, dass insbesondere die benötigten Schutzmasken schnellstmöglich herangezogen und dann priorisiert in die notwendigen Bereiche im Land verteilt werden. Die durch die Kolleginnen und Kollegen an die DPoIG herangetragene Unzufriedenheit über die teilweise ungleichen und demotivierenden Arbeitszeitregelungen zur Minimierung des Aufenthaltes und des Kontaktes der Beamten auf den Dienststellen wurde ebenfalls vom Landesvorsitzenden Ronald Müller angesprochen. Der Minister versprach, den geschilderten Zuständen auf den Grund zu



> Aufgrund der aktuellen Lage wurde auf einen Fototermin verzichtet, sodass wir unser Archiv bemühten: Rainer Wendt, Ronald Müller, Lorenz Caffier und Annakatharina Kroege (von links).

gehen und eine einheitliche Lösung zu finden, die den gegebenen Anforderungen und der Fürsorge gegenüber den Beamten gerecht werde. Neben dem über alles herrschenden Thema Corona wurden jedoch auch die Problematik der zukünftig fehlenden Möglichkeiten zur Schießausbildung, die überfälligen Sanie-

rungsarbeiten an vielen Dienstgebäuden und die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage thematisiert. Wir bedanken uns an dieser Stelle ausdrücklich bei Minister Caffier, dass er trotz Krisenmanagement Zeit für dieses Gespräch gefunden hat.

A. K.

25. Bundeskongress, 16. bis 19. Mai 2020, Estrel Hotel Berlin

Die derzeitige Situation wegen COVID-19 („Coronavirus“) beschäftigt uns alle und Kongressveranstalter ganz besonders. Wir hoffen alle, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in den nächsten Tagen/Wochen Erfolge zeigen. Wir beobachten täglich die Lage, tauschen uns mit den zuständigen Behörden aus und entwickeln derzeit unter-

schiedliche Szenarien, wann und wie wir den Bundeskongress durchführen beziehungsweise nachholen, sollten wir im Mai 2020 dazu nicht in der Lage sein.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) ist mit rund 100 000 Mitgliedern eine starke Interessenvertretung der Polizei und weiter auf Erfolgskurs. Vom 17. bis 19.

Mai 2020 findet in Berlin der 25. Bundeskongress der DPoIG statt.

Mehr als 300 Delegierte aus ganz Deutschland wählen eine neue Bundesleitung und weitere Kolleginnen und Kollegen in Führungspositionen der Gewerkschaft. Sie ziehen Bilanz der vergangenen fünf Jahre, debattieren über Anträge zur Inneren Sicherheit, zur Beschäftigungssituation der Polizei in Bund und Ländern sowie zum Programm der DPoIG für die kommende Wahlperiode.

Alle Informationen zur Veranstaltung werden auf der Internetseite der DPoIG gesammelt und fortlaufend aktualisiert.



> Hoffen, dass der Kongress stattfindet: Ronald Müller, Rainer Wendt und Olaf Knöpken

Quelle DPoIG-Bund

Impressum:
Landesgeschäftsstelle
Hollstraße 13
18273 Güstrow,
Tel.: 03843.682301
Fax: 03843.682303
www.dpolg-mv.de
V.i.S.d.P.: Olaf Knöpken



Auf den öffentlichen Dienst und die privaten Dienstleistungsbereiche ist Verlass

dbb m-v: Weitere Investitionen in das Personal erforderlich; Voraussetzungen für schrittweise Rückkehr in das normale Leben definieren



> Landesvorsitzender der DPoIG, Ronald Müller, und dbb Chef Dietmar Knecht bedanken sich für die geleistete Arbeit im öffentlichen Dienst.

Vor Ort im Einsatz, mobil oder im Homeoffice arbeiten der öffentliche Dienst, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen sowie Bahn und Post mit viel Engagement und Enthusiasmus oft über die Belastungsgrenze hinaus an der Bewältigung der Corona-Krise und sorgen somit verlässlich dafür, dass nicht nur der Staat, sondern auch das Gemeingefüge funktionieren.

Dazu gehören auch Bereiche der Wirtschaft und des Tourismus, die jetzt einer besonderen Unterstützung bedürfen. Verlass ist gerade auf die nun im Mittelpunkt stehenden Kolleginnen und Kollegen in den

Krankenhäusern, den Pflegeeinrichtungen, bei Polizei und Justiz, in der sozialen Arbeit, den Krisenstäben, den Finanz- und Arbeitsverwaltungen, die selbstverständlich nicht nur in Krisenzeiten einen verantwortungsvollen Dienst verrichten, der sich nun endlich auch im Gehaltsgefüge positiv bemerkbar machen muss. Hinzu kommen alle diejenigen, die momentan außerhalb des Rampenlichts in sogenannten nicht systemrelevanten Berufsgruppen stehen.

„Mit einem herzlichen Dankeschön und gelegentlichem Applaus darf die Wertschät-

zung nicht enden. Die Betroffenen, die bereits jetzt Erhebliches zur Bewältigung der Krise leisten, dürfen in der Zukunft nicht weiter belastet werden“, so der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht. „Ich meine insbesondere weitere Investitionen in die Attraktivität und Motivation, über die wir bereits vor der Krise mit der Landesregierung verhandelt haben. Die A 13/E 13 für Grundschullehrkräfte ist ein guter Anfang, weitere Schritte dürfen nicht in Vergessenheit geraten oder der Schuldenbremse beziehungsweise einer weiteren schwarzen Null geopfert werden.“

■ Vorsichtig ist nicht übereifrig und ignorant nicht mutig!

Für den dbb m-v und die DPoIG steht außer Frage, dass den politischen Entscheidungsträgern genug Erkenntnisse und vor allem Zeit zugestehen ist, um fundierte Beschlüsse für mögliche Lockerungen der Ausnahmesituation zu treffen. Gerade im Bildungsbereich sollten Eltern und Lehrkräfte Geduld und Toleranz aufbringen, um einen möglichst kontrollierten Übergang in „geordnete Verhältnisse“ zu schaffen. Viele Faktoren wie Schülerzahl, Abstandsregeln sowie Beratung und Betreuung müssen beach-

tet werden, um nach der langen Schulabstinenz zeitnah eine möglichst hohe Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.

Egal wie in dieser besonderen und außerordentlichen Zeit entschieden wird, es muss möglichst länderübergreifend abgewogen und transparent definiert werden, welche Schutzmaßnahmen in welcher Phase durchgeführt und wie sie durchgehalten werden sollen. Knecht: „Dazu gehört auch, genau zu wissen, wer als gefährdet gilt und somit besonders zu schützen ist und von wem möglicherweise Ansteckungsrisiken ausgehen.“

Generelle Voraussetzung dürfte sein, dass die Zahl der Neuinfektionen gering bleibt, dass die bekannten Schutzmaßnahmen strikt eingehalten werden und eine ständige Risikoanalyse durchgeführt wird.

Für unglaublich hält der dbb Chef eine Schutzmaskenpflicht gepaart mit Lockerungen in der Gastronomie. „Wer das Tragen von Schutzmasken anordnet, muss gleichzeitig auch die Bezugsquelle nennen, und wer seine Bediensteten damit sehen möchte, der muss sie auch beschaffen“, so auch Ronald Müllers abschließende Forderung. *Quelle, dbb mv*

Keine Ungleichbehandlung zulassen

Werte Kolleginnen und Kollegen, viel Lob und Anerkennung sind in letzten Tagen und Wochen nicht nur für die Polizei, sondern an alle systemrelevanten Berufe an die Beschäftigten ergangen.

Es ist schwierig, immer auf dem aktuellen Stand zu sein, ändert sich doch fast täglich die Gesetzes- und Verordnungslage. Noch schwieriger ist es für unsere Kollegen vor Ort, die das dann in der Praxis umsetzen sollen. Da ist oftmals auch eine

Bauchentscheidung gefragt. Um es vorwegzunehmen, wir wollen keine Besserwisser sein und auch nicht die Polizeiführung in Misskredit bringen. Das wäre in dieser Situation völlig unangebracht. Doch der warmen Worte sind genug ge-

wechselt, was wir brauchen, sind Verlässlichkeit und Planbarkeit. Wir wollen eine Schiefelage verhindern, indem in den Revieren unterschiedliche Verfahrensweisen zur Dienstplanung Einzug gehalten haben. Da bekommen die einen Stun-



© DPoIG M-V

den gutgeschrieben, die anderen werden ins Dienstfrei geschickt und sollen Minusstunden aufbauen. Andere fahren mit wieder vollen Schichtstärken, obwohl Reserven gebildet werden sollen, zugleich aber die Präsenz erhöht werden soll. Was denn nun?

Zur Sicherstellung des Dienstbetriebes wurde die **Rahmendienstvereinbarung** über die Arbeitszeit in der Polizei des Landes Mecklenburg-Vorpommern (RDV Arbeitszeit) vorübergehend außer Kraft gesetzt beziehungsweise wie folgt **angepasst**:

1. Zeitweise **Aufhebung des Arbeitszeitrahmens** und der **Pflichtanwesenheitszeiten** im Gelddienst

Aufgrund der besonderen Situation werden Abweichungen von dem in Ziffer I 3.1 der RDV Arbeitszeit festgesetzten grundsätzlichen Arbeitszeitrahmen sowie den Pflichtanwesenheitszeiten als zulässig anerkannt, soweit diese notwendig sind, um flexibel eine Anwesenheit mit möglichst geringem Personenkontakt organisieren zu können. Eine Zustimmung des Ministeriums für Inneres und Europa ist nicht notwendig.

2. Anerkennung der aktuellen Situation als Hinderungsgrund für einen rechtzeitigen **Stundenabbau**

Aufgrund der aktuellen Situation ist davon auszugehen, dass

eine Vielzahl von Beschäftigten der Landespolizei nicht in der Lage gewesen sein wird, ihre Stundenguthaben rechtzeitig zum 31. März 2020 zu reduzieren und ihr Stundenkonto auszugleichen. Um eine einheitliche Handhabung zu gewährleisten, wird das Vorliegen **dienstlicher Gründe anerkannt** werden. Die Stundenkonten werden damit nicht gekappt. Das Arbeitssoll des folgenden Abrechnungszeitraumes wird in Höhe der Stundenanzahl reduziert, die oberhalb der 40-Stunden-Grenze liegt.

Kernarbeitszeiten, Rahmendienstzeiten und die Beschränkung auf Arbeitszeiten von Montag bis Freitag werden aufgehoben, sodass durch Arbeitszeitverlagerung (zum Beispiel in die Abendstunden oder auf Sonnabend) etwa die Kinderbetreuung erleichtert werden soll. Soweit die gegenwärtige Erlasslage.

Dennoch wenden sich Kollegen an uns und drücken ihr Unverständnis aus, dass sie ungewollt ins Dienstfrei geschickt werden und somit einen Berg von Minusstunden aufbauen. Hier ist Flexibilität der Vorgesetzten gefragt und diese ist noch nicht in allen Dienststellen angekommen. Wir sind hier natürlich auf eure Hinweise und Kritiken angewiesen, um darauf Einfluss nehmen zu können.

Die Einsatzkräfte in Regionen mit einem hohen Einsatzauf-

kommen arbeiten einfach quantitativ an der Belastungsgrenze. Deshalb ist es uns als Gewerkschaft wichtig, keine Ungleichbehandlungen zuzulassen und entsprechenden Einfluss auf die Mitarbeiterzufriedenheit zu nehmen. Viele haben Angst und Sorge, welche Entwicklungen eintreten könnten, wenn die Zahl von Verdachtsfällen, von Erkrankten und Sterbefällen massiv ansteigt. Wir wollen alles dafür tun, dass unsere Einsatzkräfte sicher arbeiten können und sich (handlungs) sicher fühlen. Dabei geht es einmal um die äußere Sicherheit: sichere Schutzvorkehrungen und sichere Ausstattung mit Kleidung und Material, gute Einweisung in die aktuelle Lage. Aber eben auch die Dienstorganisation kann zur Mitarbeiterzufriedenheit beitragen. Genauso wichtig ist aber auch das eigene Gefühl der Sicherheit. Dazu kann die Organisation und können die Vorgesetzten entscheidend beitragen.

Deshalb unser Appell an die Vorgesetzten, diese Flexibilität auch ganz bewusst im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen umzusetzen.

Der Homeoffice-Erlass gibt allen Vorgesetzten die Möglichkeit, auf die Lage vor Ort zu reagieren. Es können die Mitarbeiter so eingesetzt werden, dass Reserven gebildet werden. Außerdem kann die Trennung der Mitarbeiter realisiert werden. Niemand muss Minusstunden machen.

Trotz der schwierigen Situation möchten wir uns als Gewerkschaft bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landespolizei für die geleistete Arbeit bedanken, verbunden mit dem Wunsch:

„Bleibt gesund!“

O. K.



© DPoIG M-V

> Anmerkung zum Urlaub

Nehmt gegenseitig Rücksicht

Der dbb mecklenburg-vorpommern und die DPoIG appellieren an Arbeitgeber und Dienstherren, aber auch an das betroffene Personal, bei allem, was mit der Urlaubsabgeltung aufgrund der aktuellen Situation zu tun hat, eine größtmögliche gegenseitige Rücksichtnahme walten zu lassen.

Fakt ist, dass viele Betroffene ihren bereits genehmigten Urlaub für Aktivitäten vorgesehen hatten, die gegenwärtig nicht mehr möglich sind. Wieder andere, deren Einsatz etwa bei Feuerwehr, Polizei, in Krankenhäusern, Gesundheitsämtern oder auch im Justizvollzug besonders unverzichtbar ist, sehen freiwillig von einer Erholungspause in einem bereits genehmigten Urlaub ab.

Auch wenn die Rechtslage klar ist und besagt, dass einmal genehmigter Urlaub nicht einseitig storniert werden kann, sind wir überzeugt, dass Kompromisse im gegenseitigen Einvernehmen möglich sind. Mit gutem Willen beider Seiten sollte ein vernünftiger Ausgleich zwischen den Interessen der Beschäftigten einerseits und denen der Dienststelle andererseits möglich sein.



DPolG kritisiert Bundesregierung

Die Entscheidungen der Bundesregierung treffen bei der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) auf scharfe Kritik. „Das ist organisierte Unverantwortlichkeit, wenn lediglich Empfehlungen an die Bundesländer ausgesprochen werden,

landen bereits mehr als 1 700 Todesfälle infolge der Coronapandemie gegeben. Wendt: „Die Niederlande sind ein Corona-Risikogebiet, die Einreiseverbote müssen engmaschig kontrolliert und konsequent durchgesetzt werden, alles an-



Heiko Teggartz, Vorsitzender der DPolG Bundespolizeigewerkschaft

statt die Grenzkontrollen auszuweiten und konsequent anzuwenden“, urteilte DPolG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt in Berlin.

Wenn die Bundespolizei jetzt dazu aufgefordert werde, anstelle von Gesundheitsbehörden tätig zu werden und gleichzeitig ihrem eigentlichen gesetzlichen Auftrag nicht nachzukommen, sei die Verwirrung komplett.

Einreiseverbote nach Deutschland müssen nach Auffassung der DPolG an allen Grenzen durch den Einsatz von Bundespolizei konsequent kontrolliert und auch durchgesetzt werden. Dies gelte auch für diejenigen, die ein Asylbegehren äußern, so die DPolG, die sich darin mit Politikern der CDU einig weiß. Laut Robert Koch-Institut habe es in den Nieder-

dere ist lasche Kosmetik, die die Akzeptanz von scharfen Freiheitsbeschränkungen im Inland sinken lässt!“

Heiko Teggartz, Vorsitzender der DPolG Bundespolizeigewerkschaft, bescheinigt der Bundesregierung Hilflosigkeit und konzeptionsloses Handeln: „Ganz Europa schüttelt den Kopf darüber, was sich in Deutschland abspielt. Es lässt sich schlichtweg nicht erklären, warum an einigen Grenzen der Reiseverkehr eingeschränkt wird und an anderen Grenzen nicht, das kann man doch unmöglich in die Entscheidung einzelner Bundesländer legen! In den Niederlanden wird jetzt erfahrungsgemäß der Osterseeverkehr bald einsetzen, es ist ein völlig falsches Signal, hier weiterhin keine Grenzkontrollen mit Zurückweisungen einzurichten.“

> Senioren

„Unsere Seniorinnen und Senioren sind uns wichtig!“



Der geschäftsführende Vorstand der DPolG-Seniorenvertretung: Vorsitzender Gerhard Vogler, die Stellvertreter Siegfried Stich, Wolfgang Faber und Peter Ulawski (von links)

Die Delegierten unseres Bundeskongresses haben im April 2015 eine Seniorenvertretung gegründet und in der Satzung der DPolG-Bundesorganisation verankert. Nicht nur die demografische Entwicklung hat dies bewirkt, sondern die immer größere Zahl unserer Seniorinnen und Senioren hat es verdient, dass ihre vielseitigen Anliegen in einer eigenen Organisationsstruktur sachkundig und nachhaltig auch im politischen Raum vertreten werden. Denn nach wie vor gilt: Interessen gegenüber der Politik können – wie im Berufsleben – auch im Ruhestand nicht von einer Einzelperson wirksam durchgesetzt werden. Dies gilt zum Beispiel für die Durchsetzung von Grundsatzfragen des Versorgungs-, Renten- und Beihilferechts gegenüber dem Gesetzgeber, dem früheren Dienstherrn sowie auch vor Gerichten.

Es gibt viele Gründe für eine Fortsetzung der DPolG-Mitgliedschaft ... Wenn ihr also Fragen rund um den Ruhestand habt, stehen wir euch zur Seite.

Seniorenbeauftragter MV: Ralf Wunsch

Geburtstage im Mai 2020

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPolG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen im Monat April geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft. Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein Jubiläum begehen in diesem Monat:

- Joseph Klifoth
- Andreas Scharping
- Gerd Dubbe
- Kolja Mainitz
- Bernd Zimmermann

Wir übermitteln allen Geburtstagskindern die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit viel Schaffenskraft im neuen Lebensjahr und natürlich beste Gesundheit.

Der Landesvorstand

Die Kreisverbände